

ZVEI zur Energiewende im Gebäude

Eine richtig gestaltete Energiewende stärkt den Wirtschaftsstandort Deutschland. Sie bietet die Chance, Wachstum und Beschäftigung zu sichern, lässt neue Märkte entstehen und ist Impulsgeber für Innovationen.

Im Mittelpunkt der Energiewende steht auch die Sanierung des Gebäudebestandes. Ohne das Erreichen der Energieeffizienzziele im Gebäudesektor sind die Ziele der Energiewende nicht erreichbar. Im zukünftigen Zusammenwirken von Strom- und Wärmemarkt liegt ein Schlüssel für die Gestaltung einer erfolgreichen Energiewende.

In der Vergangenheit hat sich die Energieeffizienz in Deutschland schon spürbar verbessert, gleichwohl müssen Tempo und Intensität in Zukunft noch erheblich gesteigert werden. Die erforderlichen Technologien, Produkte und Lösungen zum Erreichen der Ziele im Gebäudesektor sind schon heute vorhanden, viele sogar wirtschaftlich umsetzbar, müssen aber stärker zum Einsatz kommen.

Leitlinien des ZVEI für die Energiewende im Gebäude:

- Strom- und Wärmemarkt gesamtenergetisch betrachten
- Wohngebäude- und Nicht-Wohngebäude gleichberechtigt berücksichtigen
- Sanierungsstrategie für Bestandsgebäude erarbeiten
- Vorbildcharakter der öffentlichen Hand stärken
- Energieeffizienz durch Gebäudeautomation voranbringen
- Modernisierung von Elektroanlagen beschleunigen
- Informationskampagnen zur Verbraucheraufklärung bündeln
- Innovative Lösungen mit Hilfe von Energiedienstleistern voranbringen
- Grundlagen für intelligente Verbrauchssteuerung etablieren
- Bestehende Anreizsysteme optimieren
- Bestehendes Ordnungsrecht harmonisieren und vereinfachen
- Energiewende belastet Strom einseitig

Strom- und Wärmemarkt gesamtenergetisch betrachten

- Bei der Bewertung von Effizienzmaßnahmen verschieben sich die Bilanzgrenzen hin zu einer Gewerke übergreifenden, energetischen Betrachtung. Eine gesamthafte Betrachtung von Strom und Wärme ist erforderlich.
- Der Wärmemarkt unterstützt den Ausbau und die Integration des erneuerbaren Stroms, andererseits ist Strom ein Medium, um den Wärmemarkt zu „erneuern“. KWK verbindet schon heute den Strom- mit dem Wärmesektor.

Wohngebäude und Nicht-Wohngebäude gleichberechtigt berücksichtigen

- Die Gebäude in Deutschland sind für ca. ein Drittel der CO₂-Emissionen verantwortlich. Ungefähr 60 % davon entfallen auf die Wohngebäude, der Rest auf die Nicht-Wohngebäude.
- Eine wirksame Strategie zur Steigerung der Energieeffizienz in Gebäuden muss daher zwingend beide Gebäudebereiche erfassen und insbesondere im Nicht-Wohngebäude-Bereich flexible und variable Lösungen anwenden.

Sanierungsstrategie für Bestandsgebäude erarbeiten

- Während Neubauten bereits heute höchsten Effizienzstandards genügen, besteht eine wesentliche Herausforderung in der Ertüchtigung des Gebäudebestands.
- Erforderlich ist die Erarbeitung einer langfristigen, technologieoffenen und an den Zielen orientierte Sanierungsstrategie, basierend auf einem belastbaren und detaillierten Überblick über den Gebäudebestand (Wohngebäude und Nicht-Wohngebäude) und dessen Effizienzpotentialen.

Vorbildcharakter der öffentlichen Hand stärken

- Bund, Länder und Kommunen müssen bei der Verwirklichung der 20-20-20-Ziele (CO₂, Energieeffizienz, EE) vorbildlich sein, tun dies aber häufig noch zu wenig.
- Eine umfassende energetische Sanierung der Gebäude der öffentlichen Hand (über die EED hinaus) hätte positive Auswirkungen in mehrfacher Hinsicht: Entlastung der Haushalte durch Energiekosteneinsparung, konjunkturelle Belebung für Handwerk und Mittelstand, mittelfristig Kostendegression auch für Privatverbraucher.
- Unter Finanzierungsgesichtspunkten sollten bei Ausschreibungen Contracting und Lebenszykluskosten stärker berücksichtigt werden.

Energieeffizienz durch Gebäudeautomation voranbringen

- Heizung, Lüftung und Beleuchtung verbrauchen im Gebäude die meiste Energie. Die Praxis zeigt dabei, dass menschliches Nutzungsverhalten einen erheblichen Einfluss auf den Energieverbrauch von Gebäuden hat, weil Nutzer sich nicht immer „energiebewusst“ verhalten.
- Energiemanagementsysteme und „mitdenkende“ Automatisierungstechnik können - insbesondere in Nicht-Wohngebäuden - dabei helfen, den Energieverbrauch drastisch zu reduzieren. Erforderlich dafür sind aber andere Rahmenbedingungen, etwa im Bereich der Abschreibungs- und Fördermöglichkeiten oder der öffentlichen Auftragsvergabe.

Modernisierung von Elektroanlagen beschleunigen

- Im Rahmen der energetischen Gebäudesanierung kommt die Elektrosanierung zu kurz. Veraltete Hauselektroanlagen sind aber nicht nur ein Sicherheitsrisiko, sie verhindern auch den Umbau des Energiesystems in dezentrale, intelligente Strukturen.
- EnEV und Gebäudeenergieausweis sollten sich daher auch auf die Überprüfung der Elektroinstallation erstrecken und die Fördersystematik der KfW entsprechend angepasst werden.

Informationskampagnen zur Verbraucheraufklärung bündeln

- Die Wirkung von Verbraucher-Informationskampagnen ist aufgrund geringer Budgets, ihrer Regionalität, oder des Informationsgehaltes eingeschränkt. Besser wären konzentrierte, bundesweite Aktionen.
- Aus Gründen der Glaubwürdigkeit sollte dies vorrangig unter Federführung von Bundesregierung und Bundesministerien erfolgen.

Innovative Lösungen mit Hilfe von Energiedienstleistern voranzubringen

- Contracting bietet wirtschaftliche Lösungen für Klima- und Umweltschutz, eröffnet Zugang zu privaten Finanzierungsquellen und wirkt damit Investitionszurückhaltung entgegen.
- Momentan bestehen nach wie vor Hemmnisse auf den Energiedienstleistungsmärkten. Diese müssen beseitigt werden, damit Contractoren sowie Projektentwickler ihren Teil zur energiepolitischen Zielerreichung beitragen können.

Grundlagen für intelligente Verbrauchssteuerung etablieren

- Smart Meter sind Basis u.a. für Verbrauchstransparenz und -steuerung, effiziente Ableseprozesse sowie letztlich optimierte Investitionen in den Netzausbau und für Energieeinsparung. Ein flächendeckender Einsatz ist daher zwingend notwendig.
- Für die Realisierung dieses Energiemanagements setzen attraktive Stromtarife mit ausreichender Preisspreizung die richtigen Rahmenbedingungen und sollten daher - bspw. durch eine gezielte Entlastung von der Stromsteuer - angereizt werden.

Bestehende Anreizsysteme optimieren

- Für die energetische Sanierung ist ein optimiertes - d.h. u.a. auch einfaches und planbares - Anreizsystem zu etablieren. Allein mit den bisher bereit gestellten Mitteln und Instrumenten wird es nicht gelingen, den erforderlichen Impuls in den Gebäudesektor zu tragen. Dies haben die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt.
- Erforderlich ist ein „Dreiklang“, bestehend aus den erfolgreichen Förderprogrammen der KfW, der Förderung durch das Marktanzreizprogramm (MAP) - ergänzt durch die Förderung für Projektentwickler - sowie eines neu zu schaffenden steuerlichen Anreizsystems (auch für Einzelmaßnahmen).

Bestehendes Ordnungsrecht harmonisieren und vereinfachen

- Eine weitere Verschärfung ordnungsrechtlicher Vorgaben kann zu deutlich spürbarer Investitionszurückhaltung führen. Grundsätzlich sollte daher vorrangig auf marktnahe Anreize, statt auf weitere regulative Eingriffe gesetzt werden.
- Bereits bestehendes Ordnungsrecht sollte konsolidiert werden - etwa durch die Zusammenführung bzw. bessere Abstimmung von EnEV und EEWärmeG auf Basis des „Niedrigenergiegebäudes 2020“ und unter vorausschauender Berücksichtigung der Entwicklung der Primärenergiefaktoren.
- Darüber hinaus muss - unter Prämisse langfristiger Verlässlichkeit der gesetzlichen Rahmenbedingungen - geprüft werden, auf welche gebäudebezogenen Normen sich dies noch erstrecken könnte (Baurecht, Mietrecht, europäische Vorgaben, HOAI, VergabeR/VOB etc.).

Energiewende belastet Strom einseitig

- Der Wettbewerb um die energieeffizientesten Technologien darf nicht über staatlich getriebene Belastungen einzelner Energieträger verzerrt werden.

Der ZVEI - Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e. V.

Der ZVEI vertritt die gemeinsamen Interessen der Elektroindustrie und der zugehörigen Dienstleistungsunternehmen in Deutschland und auf internationaler Ebene. Rund 1.600 Unternehmen haben sich für die Mitgliedschaft im ZVEI entschieden. Sie beschäftigen rund 80 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Elektroindustrie in Deutschland. Der ZVEI repräsentiert eine Branche mit 173 Milliarden Euro Umsatz im Jahr 2012 und mehr als 840.000 Beschäftigten. Mit den noch einmal 659.000 Mitarbeitern außerhalb Deutschlands ist die Wertschöpfung der Elektroindustrie am stärksten von allen Branchen global vernetzt.

Mehr Informationen über den ZVEI unter www.zvei.org.

Ansprechpartner im ZVEI:
Dipl.-Ing. Anke Hüneburg
Leiterin Bereich Energie
Fon: 030 3069 60 13
Mail: hüneburg@zvei.org